

**Antrag an die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes am 28. April 2008**

**Antragssteller: Stadtvorstand**

## **Boehringer-Ansiedlung kritisch begleiten**

Der Stadtverband Hannover von Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Ansiedlung zukunftsorientierter Unternehmen in Hannover, insbesondere wenn diese die Landeshauptstadt als Forschungs- und Wirtschaftsstandort stärken und hohen Anforderungen an Umwelt- und Sozialverträglichkeit genügen. Die Ansiedlung eines Forschungs- und Entwicklungszentrums für Tierimpfstoffe durch die Unternehmensgruppe Boehringer Ingelheim wirft von daher aus unserer Sicht nicht nur grundsätzliche, ethisch/moralische und ökologische Fragen auf, sondern stellt auch eine technische und planerische Herausforderung in Bezug auf die Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Errichtung und Betrieb der Anlage dar.

Die Grünen lehnen die industrielle Nutztierhaltung, der die Forschungsarbeit dieses Zentrums vor allem zu Gute kommt, nicht nur aus ethischen Gründen ab, sondern auch weil sie erhebliche ökologische Belastungen sowie Risiken für die Tiergesundheit mit sich bringt und negative soziale Auswirkungen im globalen Maßstab hat. Oberstes Ziel ist deshalb eine artgerechte ökologische Tierhaltung. Doch auch im Bereich der ökologischen Tierhaltung sind Impfstoffe erforderlich. Sie dienen der vorbeugenden Krankheitsbekämpfung und können somit Krankheiten verhindern, wodurch die Behandlung mit Antibiotika in vielen Fällen vermieden werden kann. Dies trägt dazu bei, das Leid der Tiere zu verringern, und ermöglicht die Produktion gesunder Lebensmittel.

Boehringer-Ingelheim erforscht diese Impfstoffe anhand von Tierversuchen. Bündnis 90/Die Grünen stehen diesen aus ethischen Gründen sehr kritisch gegenüber, zumal in den letzten Jahren die Zahl der Tierversuche stark zugenommen hat. Wir fordern, dass Tierversuche nur dann durchgeführt werden, wenn sie unumgänglich sind. Dies ist bei der Erforschung von Tierimpfstoffen zurzeit noch der Fall. Deswegen müssen alternative, tierversuchsfreie Verfahren entwickelt und stärker als bisher gefördert werden. Aus diesem Grund begrüßen wir die Einrichtung eines Lehrstuhls für alternative Testverfahren an der Tierärztlichen Hochschule Hannover und wünschen uns von der Unternehmensgruppe Boehringer-Ingelheim ein ähnliches Engagement, z.B. durch die

Entwicklung entsprechender Testverfahren oder der Förderung von Forschungsvorhaben in dieser Richtung.

Die Realisierung des geplanten Forschungszentrums ist für den Stadtverband Bündnis 90/Die Grünen Hannover unter Sicherheits- und Umweltaspekten an dem geplanten Standort Bünteweg nur unter folgenden Bedingungen akzeptabel, für die sich die Grüne Ratsfraktion in den kommenden Verhandlungen einsetzen wird:

1. Über die Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Vorgaben hinaus ist sicherzustellen, dass die Gesundheit beeinträchtigende oder belästigende Emissionen aus dem Betrieb der Anlage durch entsprechende technische und bauliche Maßnahmen so niedrig wie technisch machbar gehalten werden. Dies ist nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der Anlage durch unabhängige Emissions- und Immissionsgutachten zu belegen. Im Vorfeld des Anlagenbaus sollte die Ist-Immissionssituation (insbesondere Geruchs- und Lärmbelastung), im Bereich der benachbarten Wohnbebauung erfasst werden, um Vergleichswerte zu haben.
2. Der weitere Entscheidungsfindungsprozess und das Planungsverfahren sind so transparent wie möglich zu gestalten. Alle Fragen zu Gefahren, Risiken aber auch Chancen der hier geplanten Einrichtung müssen umfassend beantwortet werden und die daraus notwendigen Konsequenzen sind aufzuzeigen. Hierzu ist es notwendig, den moderierten Bürgerdialog auch über die Inbetriebnahme hinaus fortzusetzen.
3. Wir halten eine ökologische Gestaltung der Anlage und des Umfeldes, wie auch bei anderen Bauvorhaben in Hannover, für erforderlich. Auch muss eine optimale Stadtbahnerschließung zur umweltgerechten Mobilität von MitarbeiterInnen und BesucherInnen beitragen.

Im Interesse der Umwelt, des Tierschutzes und der Menschen setzen wir uns außerdem für die Förderung einer ökologischen und tiergerechten Landwirtschaft ein. Die Stadt Hannover muss in einem stärkeren Maße als bisher bei VerbraucherInnen und Unternehmen für regionale und biologisch erzeugte Lebensmittel werben und hierfür selbst eine Vorbildfunktion übernehmen, indem beispielsweise die städtische Kantine auf Lebensmittel aus regionaler und ökologischer Landwirtschaft umgestellt wird.